



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/156 - 10.7.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Die Vertragsdebatte	S. 1
Verstärktes Selbständigkeitsstreben - Bericht aus Paris -	S. 3
Die Regierung und die Real-Film	S. 4

Fazit zweier Tage

P.R. Zwei Tage lang ist im Bundestag in erster Lesung über die wohl wichtigste aussenpolitische Frage gesprochen worden, die seit dem Ende des Krieges auf der deutschen und europäischen Tagesordnung stand.

Die Fronten der gegenteiligen Auffassungen wurden durch direkte Rundfunkübertragung vor einer breitesten Öffentlichkeit abgesteckt. Dabei fiel auf, wie stark in fast allen Reden von Regierungsvertretern die Vorstellung durchschien, Westdeutschland sei Deutschland und gehöre in jeder Hinsicht und ohne Vorbehalt zum Westen. So gesehen, wird in der Tat ein ungeheuer schwieriges Problem verblüffend vereinfacht. Aber natürlich reicht es nicht zur Rechtfertigung dieser Auffassung und der sich daraus ergebenden Konsequenzen aus, sich auf die im Grundgesetz verankerte Vertretungsposition der Bundesrepublik für ganz Deutschland zu berufen. Auch ein Abgeordneter der Regierungsparteien, der Berliner Lemmer, empfand das offenbar deutlich, als er in einer Art gesamtdeutschem Balanceakt zu dem Torso Westdeutschland ohne Sowjetzone und Saarland feststellte: "Ein Territorium ist nicht Deutschland", und sogar zu der Erkenntnis kam: "Ein deutsches Aufgehen in einer europäischen Gemeinschaft kann erst erfolgen, wenn das ganze Deutschland dazu in der Lage ist". Eine gute Einsicht, aus der er leider nicht die entsprechende Konsequenz

in seinem Verhalten zur Regierung zog.

Natürlich haben es auch die Regierung und die Sprecher ihrer Parteien nicht an Bekenntnissen zu einem wiedervereinigten Deutschland fehlen lassen. Aber die Gewichte waren sichtbar ungleich verteilt, die Akzente lagen klar auf dem primären Wert, den die Verträge für die Regierung darstellt und bei der Opposition lagen sie eben auf der Wiedervereinigung Deutschlands. Der sozialdemokratische Abgeordnete Wehner hat die Dinge auf eine sehr prägnante Formel gebracht: Der Streit um die Verträge sei ein Streit darüber, ob der Bundeskanzler bei seinen Verhandlungen das Höchstmass des zurzeit Erreichbaren erzielt habe oder nicht, und ob er im richtigen Masse der Forderung auf Wiedervereinigung in Freiheit und mit friedlichen Mitteln Rechnung getragen habe. Diese Fragen werden von der Opposition verneint. Und er hat hinzugefügt, dass die Meinungsverschiedenheiten auch nicht darüber bestehen, ob der sowjetischen Politik zu trauen sei oder nicht, sondern darüber, ob der deutschen Politik Handhaben für die Wiedervereinigung gegeben werden oder ob die deutsche Politik zu einer Funktion der Westmächte gemacht werden soll - ohne primäre Berücksichtigung des Gesichtspunktes der Wiedervereinigung.

Die These der Regierung - die Opposition hält sie für einen Rechenfehler - läuft auf die Forderung hinaus, so stark wie möglich aufzurüsten und sich so intensiv wie möglich an dieser Aufrüstung zu beteiligen, dass eines Tages die Russen durch die ostentative und vielleicht ultimative politische Demonstrierung der wirtschaftlichen und militärischen Macht des Westens zur Aufgabe der Sowjetzone gezwungen wird. Die Regierung ist bemüht, das ungeheure Risiko einer solchen Politik in der Richtung, dass nicht die von ihr erhoffte, sondern die andere Wirkung eines Überganges vom Kalten zum Heissen Krieg eintritt, zu ignorieren oder doch zu bagatellisieren. Der andere Irrtum ist nach der Auffassung der Opposition, dass die Westmächte durch die Verträge eindeutig auf eine Politik der Wiedervereinigung Deutschlands festgelegt seien, oder dass sie sie auch nur aus vollem Herzen wünschten. Mit solcher Vorstellung lässt sich nicht das Vetorecht vereinbaren, das im Generalvertrag praktisch verankert ist - von allen anderen Anzeichen für diese fehlende Neigung abgesehen.

Sehr wirksam war in der Aussprache des zweiten Tages vor allem die klare Formulierung der fünf sozialdemokratischen Forderungen, auf die man sich nach der Ansicht des Vertreters dieser Partei sollte einigen können: Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes in allen vier Zonen, freie Wahl unter internationaler Kontrolle (ohne damit erschwerende Vorbedingungen zu verbinden), die Fixierung der Rechte einer künftigen gesamtdeutschen Regierung, die aus den Wahlen zur Nationalversammlung hervorgehen würde und schliesslich, was besonders bemerkenswert war, die These von der

erstrebenswerten deutschen UNO-Mitgliedschaft und der Sicherung Gesamtdeutschlands auf der Grundlage eben dieser Mitgliedschaft und zusätzlicher Garantieverträge durch die grossen Mächte.

Wenn die Regierung auch leugnet, dass die Ratifizierung der Verträge die Wiedervereinigung Deutschlands ausserordentlich erschwert, vielleicht sogar unmöglich macht, so gibt sie doch zu, dass eben diese Ratifizierung keineswegs eine Wiedervereinigung garantiert. Vielleicht sieht sie sogar das Risiko, das sie eingeht, in seiner annähernden Grösse, wenn sie sich auch scheut, das zugeben. Nicht sieht sie offenbar, wie sie es ausschalten kann, denn das würde sie bestimmt einer Öffentlichkeit mitteilen, die daran ungemein interessiert ist.

Der Abgeordnete Strauss erklärte: "Wenn dieses Ziel (die Ratifikation) erreicht ist, werden wir weiter sehen". Die Wendung zeigt mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, wie ungerechtfertigt es war, der Sozialdemokratie Vorwürfe aus der Feststellung zu machen, dass es von den Umständen einer späteren politischen Situation abhängen muss, wie man sich verhalten werde, wenn die Vierer-Konferenz wirklich endgültig scheitern sollte. Hier wie dort handelt es sich um die gleiche Methode, Festlegungen auf letzte Einzelheiten einer Konzeption solange zu vermeiden, solange deren Voraussetzungen noch unbekannt sind.

Dies aber ist wohl das Kernstück der vielstündigen Debatte: Nicht einmal ist von der Regierung der Versuch gemacht worden, aufzuzeigen, wie nach ihrer militärisch bestimmten Methode eine politische Wiedervereinigung Deutschlands erreicht werden könnte, eine Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln. Es blieb auch die Frage unbeantwortet, wie stark der Westen denn nun eigentlich werden müsse, ehe nach Ansicht der Regierung eine Vierer-Konferenz mit Aussicht auf Erfolg stattfinden könne. Wenn etwas in diesen zwei Tagen klargeworden ist, dann die ungeheure Gefährlichkeit eines Weges, dessen letzte Weisheit in der Vorstellung besteht, einen Gegner wie die Sowjetunion mit mancher militärischer Drohung zu einer politischen Kapitulation zu zwingen, auf einem Gebiet, das auch für die Sowjetunion ungleich wichtiger ist, als es jede bisherige weltpolitische Problemstellung war.

+ + +

Frankreich geht eigene Wege

H.A. Paris, 10. Juli

Die Anzeichen einer französischen Politik verstärkter Selbständigkeit häufen sich. Nach dem Vorschlag zu Vierer-Verhandlungen kam der Vorstoß zu einer politischen Europaorganisation. Damit werden verschiedene und zum Teil auseinanderliegende Ziele verfolgt. Wenn sich, nach französischem Wunsch, die Versammlung des Schumanplans mit der neuen Aufgabe befassen soll, dann einmal deshalb - der französische Außenminister sagte das auf einer Pressekonferenz sehr offen -, weil Frankreich dabei die Stimmen der Saar-Delegierten zugute kommen. Aber es gibt noch gewichtigere Gründe.

Die französische Regierung hat sich, im Gegensatz zu den amerikanischen Erwartungen, geweigert, die Bonner und Pariser Verträge dem Parlament vor seinem Auseinandergehen, Mitte Juli, zu unterbreiten. Sie glaubte bis jetzt, damit den Abschluss der EVG bis in den Spätherbst aufgeschoben zu haben. Die von ihr nunmehr erhobene Forderung eines europäischen Parlaments muss ihn zwangsläufig weiter vertagen, da damit bereits vor seiner Ratifizierung seine Kompetenz hinsicht der Schaffung einer politischen europäischen Autorität angefochten wird.

Der neue Vorschlag Schumans dient, neben der Auffrischung seines in letzter Zeit stark gelittenen persönlichen Glanzes, allen denen, die einer endgültigen "europäischen" Entscheidung solange aus dem Wege gehen wollen, als sich die Beziehungen zu Russland nicht geklärt haben. Er ist ein neuer Beweis für die enge Zusammenarbeit zwischen der Regierung, besonders dem Ministerpräsidenten, und der gegen ihren Führer meuternden Gaullisten. Der Ministerpräsident hat in einem Interview sich diese gaullistische Forderung offiziell zu eigen gemacht, indem er er sagte, dass "eine europäische Organisation wichtiger sei, als die Ausrüstung einer Armee".

Aber in derselben Erklärung finden sich auch die Differenzen, die ihn von de Gaulle trennen und die gerade zu seiner Popularität in Kreisen beitragen, die jetzt den General verlassen haben. Er

drückte seinen Abscheu vor einem ^{Krieg} aus, sagte, dass eine solche Stimmung in Europa im Wachsen sei und dass Frankreich aus diesem Grund eine Vierer-Konferenz vorgeschlagen habe. Bemerkenswert waren kritische Äusserungen gegenüber der USA, von denen er vermehrte Anstrengungen verlangte, da Frankreich seine beste Armee in Indochina in einem "absolut internationalen Konflikt" verbrauche. Ja, er drohte fast, indem^{er} für den Fall einer Verminderung der amerikanischen Hilfe davon sprach, die französischen militärischen Anstrengungen "entweder in Europa oder in Indochina zu reduzieren".

Einige Tage vorher war der einzige lebende französische Marschall, Juxin, auf eine unklug-forsche Art noch weiter gegangen, indem er behauptete, den Amerikanern schon längst gesagt zu haben, dass Frankreich die UNO verlassen^{werde}, wenn seine Kolonialpolitik abgelehnt werden sollte. Er bezichtigte auch die amerikanische Armee, sich in Korea der Lächerlichkeit ausgesetzt zu haben (!) und pries das französische Heer in Indochina als das beste nach dem russischen. Diese Ausführungen, wenn sie auch - was ihre Bedeutung kaum abschwächt - angeblich "privat" gemacht wurden, haben unliebsames Aufsehen erregt und verschiedene Stellungnahmen hervorgerufen. Diese Vorgänge mögen nicht entscheidend wichtig sein, symptomatisch sind sie in jedem Fall und zwar im Sinne jener Tendenz zu verstärkter Selbständigkeit der französischen Politik, von der eingangs die Rede war.

+ + +

Wehrpropagandafilme durch Druck

(sp) Die Verweigerung von Bundesbürgerschaften an die Gesellschaft des bekannten Filmproduzenten Walter Koppel hat die deutsche Öffentlichkeit seinerzeit hinreichend beschäftigt. Man begründete diese Massnahme mit der Behauptung, "Koppel stehe östlichen Gedankengängen nahe". Den Wahrheitsbeweis für diese schwere politische Anschuldigung blieb bisher der Herr Bundesinnenminister schuldig. Nebenbei bemerkt: Die Beauftragung ausgerechnet des Verteidigers Veit Harlans durch die Bundesregierung in der von Koppel angestregten Klage - Koppel hat wegen seines jüdischen Glaubens in mehreren Konzentrationslagern schwer gelitten - ist ausserdem

eine besonders grobe Taktlosigkeit.

Im März dieses Jahres erfolgte nun ein Besuch des Ministerialrates Mai, ehemaliger persönlicher Referent des Bundeskanzlers und dessen jetziger Vertrauter im Bundespresse- und Informationsamt, und des Ministerialrates Scheidt von derselben Dienststelle bei der Real-Film in Hamburg. Hierzu erklärte die Real-Film:

Im Verlaufe eines längeren Gespräches mit dem Mitgesellschafter und dem Prokuristen der Real-Film, das auch die Verweigerung von Bundesbürgschaften für die Real-Film berührt habe, hätten die beiden Beamten erklärt, es empfehle sich nach ihrer Ansicht, dass die Real-Film zum Beweis der demokratischen Einstellung des Herrn Koppel einen Film herstelle, durch den der Bevölkerung die Furcht vor dem Militär genommen werde. Es sei dabei an ein Filmwerk gedacht gewesen, das die Notwendigkeit deutschen Militärs veranschauliche, etwa auf der Linie des alten Conrad-Weidt-Filmes "Die letzte Kompanie". Die Herren hätten sogar bei dieser Unterredung eigene Kriegserlebnisse erzählt und die Verfilmung solcher Themen vorgeschlagen. Wörtlich sei dabei erklärt worden, dass das Wehrerlebnis wach gehalten werden müsse.

Natürlich kann auch der alsbald erfolgte/Hinweis auf den privaten Charakter dieser Unterredung die Bundesregierung in keiner Weise entlasten. Beide Herren kannten die internen Vorgänge des Falles Koppel und deren politische Bedeutung zu genau, ja, es ist sogar ihre ureigenste Fachmaterie, als dass sie sich der Tragweite der von ihnen geäußerten "Anregung" nicht bewusst gewesen wären.

Es handelt sich hier also um einen eindeutig bewiesenen Versuch der Bundesregierung, die Real-Film zur Herstellung von Propagandafilmen für die eigene Politik zu bewegen und zwar unter rigoroser Ausnutzung ihrer finanziellen Notlage. Herr Dr. Scheidt erklärte hierzu, dass er bei dieser Unterredung festgestellt hätte, Koppel habe sich bisher in keinem seiner Filme eindeutig für den Westen erklärt und das Bundespresse- und Informationsamt könne sich nur für die Erteilung von Bundesbürgschaften einsetzen, wenn Filme hergestellt werden, die sich "für den Westen erklären".

Forderungen ähnlichen Inhaltes haben wir schon wiederholt gehört. Was versteht die Bundesregierung unter Filmen, "die sich für den Westen erklären"? Leider muss man annehmen, dass damit reine Propagandafilme nach der Art des Dritten Reiches oder der der Sowjetzone gemeint sind. Koppel hat bisher mehr als ein Dutzend Unterhaltungsfilme gedreht, die zum grössten Teil in der Sowjetzone wegen ihres "kapitalistischen" Inhaltes verboten sind. Die Forderung des Bundespresse- und Informationsamtes macht leider einmal mehr deutlich, dass der Geist Goebbels' in der Ministerialbürokratie und den höchsten Stellen der Bundesregierung nicht ausgestorben ist.